

Teilen verbindet

„Wir erwarten von der Verhandlungsführerin der Gewerkschaft ÖTV, daß unsere Interessen nachdrücklich vertreten werden und nicht leere Haushaltskassen, Sonderopfer und Lohnverzicht die Rolle spielen. Wer opfert und verzichtet, hat verloren und verliert dann auch Mitglieder.“

ÖTV-Gewerkschaftstag 1992, Delegierter West

„Nicht Besitzstandswahrung und „Ausbau West“ kann die Aufgabe der Gegenwart sein, sondern „die Teilung durch Teilen überwinden“.

ÖTV-Gewerkschaftstag 1992, Delegierter Ost

„Aus dem Osten wurde noch nie gesagt, daß der Westen verzichten soll, um eine Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erhalten, sondern es geht darum, ob die Gewerkschaft ÖTV in einem geeinten Deutschland insgesamt um den Verteilungsspielraum kämpfen kann, darüber beschließen und bestimmen kann.“

ÖTV-Gewerkschaftstag 1992, Delegierter Geburtsort West / Funktion Ost

I.

Drei Stimmen aus der Debatte des Gewerkschaftstages der ÖTV, willkürlich herausgegriffen und dennoch typisch für den Meinungsstreit in dieser Gewerkschaft und in anderen Gewerkschaften über die Frage, wie wir den klassischen Verteilungskonflikt um Löhne und Einkommen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zwischen „oben und unten“ mit dem neuen Teilungskonflikt um Arbeit, Einkommen und Lebenschancen zwischen West und Ost im geeinten Deutschland vermitteln können.

Das Jahr 1992 sollte, nach dem Willen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber, die tariipolitische Wende bringen. Bundesregierung, Wirtschaftsforschungsinstitute und Unternehmerverbände hatten diese Parole auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Anpassungszwänge der europäischen Einigung, die Standortqualität im internationalen Wettbewerb, die hohen finanziellen Belastungen durch die Leistungen für die neuen Bundesländer, die Ebbe in den öffentlichen Kassen, die Überlebenschancen ostdeutscher Betriebe - all diese Hinweise und manches abwegige Argument mußten herhalten, um den Weg zur tarif politischen Disziplinierung der Gewerkschaften zu ebneten.

Eine angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten in Westdeutschland normale Tarifrunde wurde zu einem tarifpolitischen Entscheidungskampf hochstilisiert, der viel gesellschafts- wie gewerkschaftspolitisches Porzellan zerschlagen hat. Auch wenn es gelungen ist, die Trendwende in der Tarifpolitik abzuwehren und einen Ausgleich der Reallöhne zu erreichen, so haben doch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland das Gefühl, weiterhin zu Sonderopfern für eine Aufgabe herangezogen zu werden, deren finanzielle und zeitliche Dimension zusehends unüberschaubarer wird.

Aber auch die Arbeitnehmer im Osten, die sich in einer ringsum zusammenbrechenden Industriestruktur an die noch vorhandenen Arbeitsplätze klammern, sehen sich immer mehr in der Zwickmühle zwischen der ihnen versprochenen Angleichung der Löhne und Arbeitszeiten und der niedrigen Produktivität vieler Betriebe. Auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost und West sehen die Schwierigkeiten und Probleme der deutschen Einheit zunehmend aus einer Opferperspektive.

Die Seismographen der bundesdeutschen Stimmungslage konstatieren, daß im Bewußtsein der Menschen die Probleme immer größer werden, der Zeithorizont immer unübersichtlicher wird, und die Kosten der Einheit keineswegs abnehmen. Den wachsenden Unmut in Deutschland auf die Fehler der Politik zurückzuführen, mag berechtigt sein. Die tiefgreifende Unzufriedenheit mit den momentan regierenden Parteien und deren politischem Kurs, aber auch das Empfinden vieler Bürger, daß die größte Oppositionspartei „nicht die konzeptionelle und umsetzungsorientierte Stärke zeigt, die sie als glaubwürdige Alternative ausweist" (Polis, Trend Survey 3/92 über die politische Stimmungslage im Mai '92), sind Ausdruck nicht nur subjektiver Mißstimmungen, sondern auch der weitgehenden Unklarheit, Konzeptionschwäche und Selbstbezogenheit politischer Akteure.

Die wachsenden Probleme auf dem Weg zur sozialen Einheit allein den Politikern anzukreiden, wäre allerdings verfehlt. Auch in den Gewerkschaften sind wachsende Spannungen zwischen West und Ost unübersehbar. Meine These lautet: Eine Politik des DGB und seiner Gewerkschaften, die dazu beitragen will, die Teilung durch Teilen zu überwinden, wird subjektiv schwieriger, aber objektiv immer notwendiger. Denn es geht um die doppelte Aufgabe, die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in einem überschaubaren Zeitraum zu erreichen und zugleich die Einheit und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in Deutschland im Bund des DGB zu bewahren.

II.

Nachdem im ersten Jahr der Einheit die Diskussion über Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Konzepte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sich auf der Ebene der Bekenntnisse, Mahnungen, Polemiken und Versprechungen bewegte, hat sich im zweiten Jahr der Vorhang über düsterer Landschaft mit optimistischen Einsprengsem gelichtet.

20 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern erwirtschaften 6,9 Prozent des gesamtdeutschen Bruttosozialproduktes - so der Jahresrückblick des Statistischen Bundesamtes für 1991. Das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt erreichte mit 12.100 DM gerade 29 Prozent des westdeutschen. Dahinter verbergen sich eine Produktivität von durchschnittlich 40 Prozent des Westniveaus, der Zusammenbruch vieler „alter“ aber auch so manch schnell gegründeten neuen Unternehmens, dem angesichts von Kapitalmangel, unzureichendem Marketing und ungewohnter Konkurrenz wieder die Luft ausgegangen ist, aber eines verbirgt sich dahinter sicherlich nicht: die mangelnde Bereitschaft der Menschen, beim Aufbau mitzuhelfen.

Trotz des für 1992 erwarteten Wachstums von 10 Prozent in den neuen Ländern, wird der Osten auf absehbare Zeit auf umfangreiche Transferleistungen aus dem Westen angewiesen bleiben. Mit 218 Milliarden DM Leistungen der öffentlichen Haushalte für Ostdeutschland rechnet die Deutsche Bundesbank für dieses Jahr. Angesichts der Strukturen der Lastenverteilung werden durch Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung und die Hinnahme von Kürzungen sozialer Leistungen fast vier Fünftel dieser Last von den lohnabhängig Beschäftigten in Westdeutschland aufgebracht.

Das Teilen hat schon lange begonnen und wird, ob dies öffentlich gesagt und wahrgenommen oder dem Volk verschleiert und häppchenweise zugemutet wird, in den nächsten Jahren eine neue Dimension erreichen: Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank wie des Bundesfinanzministeriums werden im Jahre 1995 die Schulden der öffentlichen Haushalte die astronomische Höhe von 2,2 Billionen Mark erreicht haben. Dann werden Bund und Länder die von der DDR hinterlassenen Schulden von 100 Milliarden DM aus dem Kreditabwicklungsfonds, die 50 Milliarden Altschulden, die auf der Wohnungswirtschaft lasten, die auf 270 Milliarden DM geschätzten Schulden der Treuhandanstalt, die Schulden von Reichsbahn und Bundesbahn von rund 200 Milliarden DM, die Schulden aus dem Fonds Deutsche Einheit und so weiter in ihre Haushalte eingestellt und mit einer Quote von 60 Prozent des geschätzten Bruttosozialprodukts von 3,7 Billionen das selbstgesteckte Stabilitätsziel für den Eintritt in die Europäische Währungsunion nicht erfüllt haben.

Die jährlichen Zinslasten drohen die Handlungsspielräume für öffentliche Investitionen einzuzugrenzen, die hohen Zinsen die Konjunktur abzuwürgen und durch steigende Mieten, hohe Kreditkosten und wachsende Schuldzinsen auch die privaten Haushalte in wachsendem Maße zu belasten. Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen werden dann nicht mehr Alternativen sein,

sondern beides zusammen wird notwendig werden, es sei denn, es fänden sich neue Wege, nicht um Teilungsperspektiven zu vermeiden, wohl aber um im Rahmen des Möglichen die Grundsätze der Verteilungsgerechtigkeit mit dem Ziel einer schnelleren Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den neuen Ländern so zu verbinden, daß diese Perspektiven erträglich und akzeptabel werden.

Es geht um einen Perspektivenwechsel, weg vom Blick auf das unausweichliche Jammertal und weitere Opfergänge hin zu praktikablen Lösungen, die überflüssige Opfer vermeiden und notwendige Opfer sinnvoll machen.

III.

Kurt Biedenkopf hat in einer vielbeachteten und -diskutierten Rede auf dem Deutschland-Forum in Berlin am 18. März 1992 versucht, diesen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Unter Hinweis auf die enormen Anpassungsleistungen und Opfer, die die „Aufholjagd“ des Ostens den Menschen abverlangt, und die nachlassende Teilungsbereitschaft im Westen hat er vorgeschlagen, das Ziel der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse aufzugeben und durch den Begriff der Gleichwertigkeit zu ersetzen. Die Hinnahme von Ungleichheit der materiellen Lebensbedingungen will er kompensieren durch Bewahrung immaterieller Werte, um den Weg zur Einheit erträglicher zu machen und zugleich den neuen Ländern politische Eigenständigkeit und größere Handlungsmöglichkeiten im föderalen System zu sichern.

Daß die neuen Länder regional eigenständige Entwicklungen ihrer Regionen und Städte, ihrer kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen anstreben, muß jeder unterstützen, der eine Abkehr vom staatlichen Zentralismus befürwortet. Daß auch die Werte und Erfahrungen aus einer langen und leidvollen Geschichte darin eingehen müssen, muß jeder bejahen, der die Menschen in Ostdeutschland als gleichberechtigte Partner gemeinsamer Zukunft und nicht als lästige „Ossis“ sieht. Aber daß Eigenständigkeit und Gleichberechtigung auf Dauer soziale Ungleichheit bedeutet, ist ein Widerspruch, der von den Menschen nicht akzeptiert werden wird.

Den Gewerkschaften wird auch aus den Bürgerbewegungen der DDR und der Ost-SPD empfohlen, auf eine schnelle Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu verzichten, Nullrunden bei der Lohnsteigerung einzulegen und mehr betriebsbezogene Flexibilität zuzulassen. Zweifellos hat sich die Tarifpolitik in den neuen Ländern vor allem im letzten Jahr wesentlich stärker an die besonderen Bedingungen in Ostdeutschland angepaßt, als dies 1990 mit der Vereinbarung der ersten Stufenpläne absehbar war. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB hat bereits Anfang 1992 darauf verwiesen, daß die in den Tarifverträgen genannten Prozente und Zeiträume der Lohnangleichung nicht mit den tatsächlichen Einkommensunterschieden übereinstimmen. Aufgrund der Ausklammerung der in den Westtarifverträgen zusätzlich vereinbarten Leistungen und unter Berücksichtigung der

längeren Arbeitszeit bewegt sich das durchschnittliche Tarifniveau in der Mehrzahl der Tariffbereiche zwischen 50 und 60 Prozent des Westniveaus. Dieser Durchschnittswert sagt noch nichts über die große Differenzierung der Löhne und Gehälter sowohl im Niveau der Angleichung wie der strukturellen Spreizung aus - zwischen 904 DM monatlich in der Bekleidungsindustrie bis 3023 DM auf dem Bau, von 830 DM in der Schuhindustrie bis zu 5004 DM im Öffentlichen Dienst.

Welche Probleme die ehemals relativ einheitlich entlohten Werktätigen in der DDR mit dieser wachsenden Differenzierung und den prozentual orientierten Tarifforderungen der DGB-Gewerkschaften haben, belegen die Erfahrungen der Betriebs- und Personalräte und mancher Beitrag von Delegierten aus den neuen Ländern auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV.

Angesichts der desolaten Lage vieler Betriebe haben einige DGB-Gewerkschaften tarifliche Öffnungsklauseln vereinbart, die eine Verlangsamung der Anpassung oder eine Verringerung des Urlaubsgeldes und des Tagesverdienstes um einen gewissen Prozentsatz für einen begrenzten Zeitraum (so die Mittelstandsklausel bei der Druckindustrie) oder eine stärkere regionale Differenzierung (Metall- und Elektrohandwerk Berlin) zulassen. Dieser Weg ist noch nicht ausgeschritten, wenn er freiwillig zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbart wird.

Das Vorhaben der Bundesregierung, per Gesetz die Möglichkeit zu schaffen, Tarifverträge zu durchlöchern, ist jedoch ein Angriff auf die Tarifautonomie und angesichts der wirklichen Probleme ostdeutscher Betriebe überflüssig und unsinnig. Wer die Not der Menschen im Osten dazu nutzt, um den Durchbruch zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und damit zur Auflösung solidarischer Interessenvertretung aller lohnabhängig Beschäftigten in Deutschland zu erzwingen, spaltet und riskiert einen gesellschaftspolitischen Grundkonflikt mit den Gewerkschaften. Denn so differenziert auch die Tariflandschaft sich in den nächsten Jahren in den neuen Bundesländern entwickelt - am Ziel der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen werden die DGB-Gewerkschaften festhalten.

IV.

Wenn von Fehlern im Einigungsprozeß die Rede sein soll, dann hauptsächlich von der Fehleinschätzung fast aller politischen wie wirtschaftlichen Akteure des Westens, die die Überführung der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR in die Marktwirtschaft der Bundesrepublik für ein ordnungs- und gesellschaftspolitisches, nicht für ein strukturpolitisches Problem gehalten haben. Die mit dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erfolgte Übertragung des ordnungspolitischen Gefüges und seiner Regem mit der Hoffnung, nach einer gewissen Anschubfinanzierung würden die Kräfte des Marktes den Aufschwung bewirken, erweisen sich heute als krasse Fehleinschätzung weniger des Marktes, sondern vielmehr der Strukturen der Planwirtschaft.

Der Ausverkauf der DDR hatte schon lange vor dem Fall der Mauer begonnen, als ohne Rücksicht auf die ökonomischen, die ökologischen wie die sozialen Kosten ein verfehltes Modernisierungs- und Autarkieprogramm, ein aufgeblähter Staats- und Sicherheitsapparat und ökonomisch irrationale Austauschstrukturen im RGW-Markt bedient wurden, und zugleich die Bevölkerung mit unrealen Verheißungen eines real existierenden Sozialismus hingehalten wurde.

Der Verschleiß des Kapitalstocks, die Ineffizienz der Arbeits- und Leistungsstrukturen, die enormen Umweltschäden, der Verfall der Infrastruktur - dies wurden schlagartig die Gewichte, die die DDR-Wirtschaft nach dem Wegfall der schützenden Staatsgrenze im eisigen Wind des deutschen und europäischen Konkurrenzkampfes hinabzogen. Heute darauf zu hoffen, daß Marktwirtschaft allein diese strukturelle Umbruchskrise bewältigen könne, ist der Irrglaube, an dem Politik und Wirtschaft bisher so lange festgehalten haben, daß er inzwischen zum zweiten katastrophalen Fehler der Einheit zu werden droht.

Denn die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt ist trotz beachtlicher Erfolge (Werften, Stahl, Chemie, Dienstleistungen, Verbrauchsgüterindustrie, Baugewerbe) und eines deutlichen Aufwärtstrends der privatisierten Betriebe weitgehend an ihr Ende gekommen. Westdeutsche Investoren sind nur noch bereit, Treuhandbetriebe zu übernehmen, wenn sie von Altschulden, Altlasten und Verlusten der nächsten Jahre freigestellt werden. Die Privatisierungspolitik droht zum Ausverkauf zu werden, bei dem die Treuhand und damit der Steuerzahler draufzahlt.

Da aus Industrie- wie regional- und arbeitsmarktpolitischen Gründen die Alternative nicht die Stilllegung sein kann, werden Initiativen sichtbar, sanierungsfähige Unternehmen in Kooperation mit Landesregierungen (in Sachsen wird derzeit eine Liste solcher Betriebe zwischen Landesregierung und Treuhandanstalt abgestimmt) weiterzuführen. Notwendig bleibt ein industriepolitisches Gesamtkonzept der Bundes- wie der Länderregierungen und der Treuhand, um durch gezielte Modernisierungsinvestitionen, Transfer von Management, Erhalt und Wiederaufbau von eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, Hilfe bei der Vermarktung, sowie Exporthilfen für den osteuropäischen Markt und Hilfe bei der Öffnung des westdeutschen und westeuropäischen Marktes einem - um es klar und deutlich zu sagen - eigenständigen ostdeutschen Kapitalismus auf die Beine zu helfen.

Unumgänglich bleibt eine längerfristig angelegte aktive Arbeitsförderung. Die bisherigen Instrumentarien der Arbeitsförderung erweisen sich zunehmend als zeitlich zu begrenzt und zu unbeweglich. Längerfristige Projekte vor allem im Bereich des Umweltschutzes und der Strukturentwicklung, an deren Ende auch eigenständige Unternehmen stehen können, müssen durch Mischfinanzierungen der Arbeitsverwaltung, der neuen Länder sowie mit gezielter Beratung initiiert werden. Schon heute sind 120000 Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen im Bereich des Umweltschutzes angesiedelt, sie bieten einen praktikablen Ansatz für solche mittelfristig orientierte Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik aus einem Guß.

Verstärkt werden muß der Ausbau der Infrastruktur, der Stadt- und Dorfentwicklung, der Wohnungsmodernisierung. Regionale Strukturpolitik ist nicht nur als Rahmenbedingung für wirtschaftliche Tätigkeit, für das Aufbrechen von Infrastrukturrengpässen, die investitionshemmend wirken, notwendig, sondern auch entscheidend für die Verbesserung der Lebensqualität und somit für die Möglichkeit der Menschen, die Zeiten des Umbruchs zu ertragen.

Ein Gesamtkonzept für den Aufbau in den neuen Ländern muß sozialen wie ökologischen Kriterien gerecht werden, um vorausschauend Wege aus dem Dilemma zwischen den Notwendigkeiten eines industriellen Neuaufbaus und den Anforderungen an eine ökologische und soziale Modernisierung der Industriegesellschaft zu finden. Der Aufbau im Osten braucht mehr Zeit, die zur Verfügung stehenden Mittel müssen sinnvoll und effektiv eingesetzt, eigene Entwicklungspotentiale gestärkt werden, damit Selbsttätigkeit und Selbstbewußtsein durch konstruktives Handeln entstehen können.

V.

Der Aufbau im Osten vermindert die Lasten im Westen - das ist der Weg des Teilens, das Teilung überwindet. Das enthebt nicht von der Verpflichtung, Wege zu finden, die eine gerechtere Lastenteilung ermöglichen. Daß die Bundesregierung diesen Weg bisher nicht gegangen ist, sondern durch einseitige Belastung der schwachen Schultern die Bereitschaft zum Teilen beschädigt hat, hat der DGB ausführlich und wiederholt dokumentiert. Daß die Bundesrepublik Ost wie West im Herbst in neue soziale Konflikte gerät, wenn im Osten die Arbeitslosigkeit steigt und im Westen massive Eingriffe in soziale Leistungen wie in die Arbeitsförderung durchgesetzt werden sollen, zeichnet sich ab. Ein Kurswechsel hin zum gerechten Teilen ist unumgänglich.

Unsere Vorschläge, durch eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Selbständige und Freiberufler die Lasten der Arbeitsmarktpolitik auf mehr Schultern zu verteilen und durch eine Ergänzungsabgabe für Besser-, Hoch- und Höchstverdienende die Steuerlasten sozial gerecht zu verteilen und die Staatsschuld zu mindern, sind bekannt.

Das alles wird nicht ausreichen. Denn die zusätzlich zur Verfügung stehenden 50 Milliarden DM werden nicht die Aufwendungen abdecken können, die für die industrielle Sanierung, die Regional- und Arbeitsmarktpolitik und die Abtragung der Altschulden der DDR erforderlich sind. Ohne umfangreiche Investitionen wird die ostdeutsche Wirtschaft nicht auf die Füße gestellt werden können. Wenn die westdeutschen Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung nicht aufgeben, werden neue Wege gesucht werden müssen, um die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Der Vorschlag einer Abgabe auf nicht-reinvestierte Gewinne der Unternehmen steht ebenso zur Diskussion wie die gezielte Heranziehung kapitalkräftiger Bevölkerungskreise zur Finanzierung notwendiger Aufbauleistungen. Daß auch die Gewerkschaften im DGB Möglichkeiten sehen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Finanzierung von Sanierung und Investitionen in Ostdeutschland in Verbindung mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu beteiligen, zeigt die intensive Diskussion in den Gewerkschaften wie in der Öffentlichkeit.

Zur Deckung der politisch bedingten Schuldenlast hat der Bundespräsident einen, von der Regierungskoalition unbedacht und voreilig abgeschmetterten Vorschlag eines allgemeinen Lastenausgleichs unterbreitet. Ohne den Experten konkrete Hinweise geben zu können, soll die politische Idee noch einmal in die Debatte geworfen werden: die deutsche Einheit ist immerhin Folge einer außergewöhnlichen und nicht vorhersehbaren politischen Konstellation. Ihre ökonomischen Folgekosten sind politisch verursacht. Sie sollten, ähnlich wie die politisch bedingten Reparationsleistungen des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg oder der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die nachfolgenden Generationen langfristig und gemäß der finanziellen Leistungsfähigkeit verteilt werden. Wo ein politischer Wille vorhanden ist, findet sich auch ein Weg.

VI

Teilen verbindet - diese Initiative des DGB will Denkanstöße und Handlungshinweise in ungewohnt schwierigen Zeiten geben. Wir können und wollen die Initiative zur Bewältigung der Konflikte und Probleme des so schnell zusammengestürzten Landes nicht den politischen Parteien, den Regierungen oder den Arbeitgebern, Banken und internationalen Kapitalmärkten überlassen, und uns darauf beschränken nur „Widerstand zu leisten“. Eine Perspektive des Widerstands gegen „die da oben“ würde sich schnell in Rhetorik erschöpfen.

Wer in die Debatte bei den Gewerkschaften hineinhorcht, erkennt die gegensätzlichen Interessen, die ersten Brüche und Risse, die unsere Organisation auseinanderzutreiben drohen. Bereits heute erleben wir den Interessenstreit zwischen ost- und westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, aber auch jeweils bei denen in Westdeutschland und Ostdeutschland. Die gemeinsame Sprache verdeckt, daß sich Lebenswelten und Denkweisen in über vierzig Jahren auseinanderentwickelt haben. Gleiche Begriffe meinen nicht immer das gleiche, Mißverständnisse und Verletzungen rühren oft daher.

Gelingt es uns nicht, diesen Streit in unseren Organisationen so auszutragen, daß wir zu gemeinsamem Handeln gelangen und darin neues Vertrauen in unsere Kompetenz zur wirksamen Vertretung der Interessen von Mitgliedern gewinnen, kann auch bei uns jene Verdrossenheit übermächtig werden, die der Bundespräsident den politischen Parteien mahnend vor Augen gehalten hat.

Die Initiative „Teilen verbindet“ ist der Diskurs um unsere Zukunft in einer Welt voller Risiken und Gefährdungen, voller Widersprüche. Wir müssen ihn führen, um uns auch morgen die Fähigkeit zu erhalten, durch politisches Handeln diese Zukunft mitzugestalten.